

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 94 (2000)
Heft: 5

Artikel: Das Räuspern des Herrn Greenspan
Autor: Künzli, Arnold
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-144239>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 06.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Das Räuspern des Herrn Greenspan

Der «Amok laufende Kapitalismus», der wie eine «beinahe totalitäre Macht» immer mehr Herrschaft über die Politik erlangt, ist Gegenstand der folgenden Analyse, die Arnold Künzli, emeritierter Professor für politische Philosophie an der Universität Basel, an der vierten Folge der «Basler Denkanstösse» vom 4. Februar 2000 in der Offenen Kirche Elisabeth vorgetragen hat. Am Anfang der konträren Entwicklung von Ökonomie und Demokratie steht für Künzli ein Grundwiderspruch, der sich mit der Französischen Revolution verbindet: Der Bourgeois als Besitzbürger steht im Gegensatz zum Citoyen als Staatsbürger. Künzli geht auch auf die Frage ein, wie eine globale Wirtschaft überhaupt noch demokratisch kontrolliert werden könnte. Er hält wenig von den Chancen einer Demokratisierung grenzüberschreitender Wirtschaftsräume. Denn: «Bei zunehmender Gebietsgrösse erodiert der Volkswille, und selbst ein Weltparlament könnte sich nicht gegen die Wirtschaftsmacht durchsetzen.» Nur ein völlig anderes Wirtschaften würde der Zerstörung der Demokratie ein Ende setzen und erst noch die unabgegoltene Forderungen von 1789 einlösen. Die veranstaltenden Organisationen dieses Vortrags, dem 150 Personen folgten, waren die Stiftung Mensch – Gesellschaft – Umwelt der Universität Basel, die Novartis Stiftung für nachhaltige Entwicklung und die Basler Zeitung. Red.

Die zwei Seelen der Französischen Revolution

Die als Folge der sogenannten Globalisierung des kapitalistischen Wirtschaftssystems weltweit feststellbare soziale Polarisierung zwischen «Superreichen und Mäusearmen» (Klaus Leisinger) wird begleitet von einer weit weniger spektakulären, aber nicht minder folgenreichen politischen Polarisierung zwischen *Citoyen* und *Bourgeois*, zwischen Staatsbürger und Besitzbürger. Um verstehen zu können, was da gespielt wird – wobei wir allzumal bewusst oder unbewusst aktive Mitspieler sind –, drängt sich ein kurzer Rückblick auf die Französische Revolution auf. Diese krankte von allem Anfang an einem Grundwiderspruch: Sie trat einerseits unter der Trikolore von Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit mit einem universalistischen Anspruch auf, war aber in Wirklichkeit weitgehend eine Revolution des «tiers état», und das heisst: des wirtschaftlich erstarkten Bürgertums, das sich von der poli-

tischen Vormundschaft des Adels, der Monarchie und des Klerus befreien und selbst die Herrschaft in Staat und Gesellschaft übernehmen wollte.

Es war eine *bürgerliche Revolution*, die nicht «die» Demokratie, sondern eine bürgerliche politische Demokratie inaugurierte. Das belegt allein schon die Tatsache, dass ein das Bürgertum begünstigendes *Zensuswahlrecht* eingeführt, den Arbeitern das Koalitions- und Streikrecht verweigert und in den Kolonien die Sklaverei beibehalten wurde. Der Historiker Soboul stellt deshalb lapidar fest: «Das Volk war vom politischen Leben ausgeschlossen.»¹ Die Revolution war, obschon sie massgeblich vom Volk inszeniert war, nur so weit bereit, ihr Versprechen von «Liberté, Egalité, Fraternité» einzuhalten, wie die partikularen bürgerlichen Interessen, die sich im Verlaufe der Revolution immer mehr durchsetzten, dies zuließen. So wurden die einen, um Orwell zu zitieren, «gleicher» als die anderen.

Diese partikularen Interessen, mit denen

die Revolution in einen Widerspruch zu ihrem universalistischen Anspruch geriet, konkretisierten sich in den Besitzverhältnissen. Die Revolution hat das Privateigentum mit Zähnen und Klauen verteidigt und es unterlassen, zwischen Gebrauchseigentum und Eigentum an den Produktionsmitteln zu unterscheiden. In der Erklärung der Menschenrechte von 1789 wird das *Privateigentum* ein heiliges und unverletzliches Recht genannt, und 1793 drohte der Konvent sogar jedem mit der Todesstrafe, der ein gegen das Privateigentum an Grund und Boden oder in Handel und Gewerbe gerichtetes Gesetz verlangen wollte.

So hatte die Französische Revolution zwei Seelen in ihrer Brust: die des Citoyen, des Staatsbürgers, dessen Macht im Stimm- und Wahlzettel liegt, und die des Bourgeois, des Besitzbürgers, dessen Macht das Eigentum, und das heisst das Geld ist. In dieser Polarität ist die Französische Revolution, und damit die bürgerliche Demokratie, bis heute stecken geblieben, und die *Trikolore* weht deshalb noch immer nur *auf Halbmast*.

Das hatte schon ein *Dostojewski* gesehen. In seinen «Winterlichen Aufzeichnungen» kritisierte er den bourgeoisen Charakter des Freiheitsbegriffs der Französischen Revolution: «Was ist Liberté? Freiheit. Was für eine Freiheit? Die gleiche Freiheit, alles zu tun, was man will? Wenn man eine Million hat. Gibt die Freiheit einem jeden eine Million? Nein. Was ist ein Mensch ohne eine Million? Ein Mensch ohne eine Million ist nicht jemand, der alles macht, was er will, sondern jemand, mit dem man macht, was man will.»²

Der Citoyen hat also die Bühne der Weltgeschichte Arm in Arm mit dem Bourgeois betreten, wobei Citoyen und Bourgeois sich durchaus auch in ein- und derselben Person begegneten. Die Französische Revolution hat so eine *bürgerliche Gesellschaft* und eine *bürgerliche Demokratie* hervorgebracht, in denen der Bourgeois eifersüchtig und in der Folge oft auch mit Gewalt erfolgreich zu verhindern wusste, dass die Emanzipation des Citoyen seine Interessen tangierte. *Hannah Arendt* hat

dazu geschrieben, es sei in der Französischen Revolution «handgreiflich deutlich» geworden, «dass die Befreiung von politischer Unterdrückung wiederum nur den Wenigen die Freiheit gebracht hatte, während die Vielen von diesem Umschwung kaum Notiz nahmen, da sich die Last ihres Elends nicht vermindert hatte. Es wurde unausweichlich, dass diejenigen, die Freiheit wollten, sich vor die Aufgabe gestellt sahen, das Volk noch einmal zu befreien...»³ Dazu wäre aus heutiger Sicht zu sagen, dass der Citoyen zwar inzwischen auf politischem Gebiete mit dem Stimm- und Wahlrecht eine optimale politische Freiheit und Gleichheit geniesst, diese aber de facto bereits in den Abstimmungs- und Wahlkämpfen durch die Geldmacht, die Wirtschaftsmacht des Bourgeois in grösserem oder geringerem Masse eingeschränkt wird. Die unsäglichen Skandalaffären, von denen Deutschland im Augenblick erschüttert wird und die den deutschen Citoyen zum Spielball in der Schweiz gelagerter Millionen machten, decken eine Entwicklung auf, für die in der Französischen Revolution die Weichen gestellt worden sind.

Trotzdem: Dem *politischen Liberalismus* und der *politischen Demokratie* – beides Kinder der Bourgeoisie – ist ein gewaltiger Fortschritt auf dem Wege des Menschen zu Freiheit und Mündigkeit zu verdanken. Aber diese bourgeoisen Eltern des Citoyen waren von allem Anfang an eifersüchtig darauf bedacht, zu verhindern, dass ihnen ihr munterer Sprössling über den Kopf wuchs. Dies war insofern nicht allzu schwierig, als parallel mit der Entwicklung des Citoyen sich in Form des *Früh-* und des *Manchester-Kapitalismus* auch die Macht der bourgeoisen Eltern gewaltig entwickelte. Die soziale Polarisierung zwischen Citoyen und Bourgeois nahm damals derartige Formen an, dass der dominierenden ökonomisch-sozialen Macht des Bourgeois in Form des *Frühsozialismus*, des *Anarchismus* und dann vor allem eines sich auf Marx berufenden *Sozialismus-Kommunismus* eine politisch-soziale Gegenmacht erwuchs, die die volle Einlösung der Versprechungen von Frei-

heit und Gleichheit verlangte, in deren Namen die Trikolore der Revolution gehisst worden war. Der indische Nationalökonom *Amartya Sen*, der 1998 für seine Arbeiten über die Armut den Nobelpreis erhielt, schrieb in der «Zeit»: «Wenn sich die wirtschaftswissenschaftliche Literatur mit dem Thema «Effizienz des Marktes» beschäftigt, schenkt sie den Freiheiten und Rechten in der Regel wenig Beachtung... Typische Wirtschaftstheorien des freien Marktes scheinen nicht viel mit den Werten im Sinn zu haben, die bei den französischen Revolutionären in der Forderung nach Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit beredten Ausdruck fanden.» Vor allem sagten die Effizienzaspekte nichts über die Gleichheit aus, insbesondere nichts über die «Gleichheit in der Verteilung der Freiheiten»⁴.

Der Triumph des globalisierten Bourgeois heute

Betrachten wir die Gegenwart, so stellen wir einen beinahe totalen Triumph des Bourgeois fest, dessen Wirtschafts- und Finanzsystem in seiner *imperialistischen Ausbreitung* über die ganze Welt man *Globalisierung* nennt und das auf keinen nennenswerten Widerstand mehr stösst, es sei denn in der Form seines eigenen Versagens. Während *Marx und Engels* in ihrem «Kommunistischen Manifest» die Parole «Proletarier aller Länder, vereinigt euch» ausgegeben hatten, ist es heute zu einer *Vereinigung der Bourgeois aller Länder* gekommen. Die politischen Rechte des Citoyen sind zwar gewahrt und zum Teil sogar ausgebaut worden – man denke an die politische Gleichstellung der Frauen als Citoyennes –, aber durch die Globalisierung ist die Macht des Bourgeois über den Citoyen noch gewaltig gesteigert worden. Wenn Mister *Alan Greenspan*, der Chef der amerikanischen Notenbank, sich räuspert, bebt die ganze Welt, und dieses Räuspern ist kein Vollzug eines demokratischen Entscheides der Citoyens und Citoyennes. Es ist das *autonome Räuspern* des globalisierten Bourgeois. (Greenspan ist zwar vom amerikanischen Senat gewählt, insofern

kann man von einem demokratischen Prozedere sprechen. Aber in solchen Höhen der von der Wirtschaft kreierten Macht kommt diesem Prozedere weitgehend nur noch ein formaler Charakter zu.)

Die Qualität dieses Räusperns steht hier nicht zur Debatte. Es kann systemimmanent durchaus positive Folgen haben, ebenso wie umgekehrt ein demokratisches Prozedere noch keine Garantie für die Richtigkeit der in seinem Verlauf gefassten Entschlüsse bietet. Eine demokratisch zustande gekommene Mehrheit verbürgt als solche weder Wahrheit noch Richtigkeit. Sie kann schlimmstenfalls sogar einen Krieg absegnen. Der Citoyen ist kein Heiliger. Aber das *demokratische Prozedere* ist ein *Wert an sich*, da es – mehr oder weniger weitgehend – Freiheit und Gleichheit voraussetzt und Mündigkeit ermöglicht. Welchen Gebrauch der Citoyen dann von seiner Mündigkeit macht, ist freilich eine andere Frage.

Wenn nun heute von *neoliberaler Seite* immer wieder die *Verantwortlichkeit* und damit Mündigkeit des Einzelnen betont wird, dann wäre dem, soweit es den Citoyen anbelangt, durchaus zuzustimmen. Aber wenn damit nur bezweckt wird, den Bourgeois von den normativen, demokratisch legitimierten Regelungen des Staates zu befreien, wird der Citoyen sogleich wieder entmündigt, indem er dem demokratisch nicht legitimierten Spiel des Bourgeois ausgeliefert wird. An die Verantwortlichkeit eines 50jährigen zu appellieren, der arbeitslos geworden ist und keine Chance mehr hat, sich noch einmal in den Arbeitsprozess eingliedern zu können, ist blanker Hohn. Die Polarisierung zwischen Citoyen und Bourgeois erweist sich als eine unheilvolle Spannung zwischen der tradierten politischen Demokratie, die des Rahmens eines *Nationalstaates* bedarf, und einer kapitalistischen Marktwirtschaft mit einem entsprechenden Finanzsystem, die diesen Rahmen heute sprengt und ihre Macht global ausweitet.

Die *vaterlandslosen Gesellen* haben die Seite gewechselt wie im Fussball die Mannschaften nach der Pause. Sie sind

heute auf der Rechten zu suchen, so betont patriotisch diese sich gelegentlich in der Wahlkampfarena, kuhglockenläutend und alphornblasend, auch gebärden mag. Die Globalisierung ist die *Internationale des Bourgeois*. Wenn immer wieder behauptet wird, freie Marktwirtschaft und Demokratie bedingten sich gegenseitig, so muss spätestens heute festgestellt werden, dass das Gegenteil der Fall ist. Die Macht des globalisierten Bourgeois ist so stark gewachsen, dass sie sogar die Macht des souveränen Nationalstaates und damit auch der Demokratie in Frage zu stellen vermag.

Das Ende der nationalen Ehe von Citoyen und Bourgeois

Die tradierte Form unserer politischen Demokratie ist auf dem Boden des territorial definierten *Nationalstaates* gewachsen. «La Nation» ist in der Französischen Revolution geboren worden, als territorialer und institutioneller Rahmen der Volkssouveränität. Zu diesem institutionellen Rahmen gehören das Recht und die Gesetze, die Steuerhoheit, das Gewaltmonopol, Armee und Polizei, die Regelung der Ausübung der Volkssouveränität, in der Schweiz auch in Form einer halbdirekten Demokratie, die nationale Identität der Citoyens, die Gewaltenteilung mit der Öffentlichkeit als einer dieser Gewalten, ein Sozialsystem, ein Bildungssystem usw. All das ist trotz aller universalen Aspekte jeweils auf einem fest eingegrenzten Territorium gewachsen und das Ganze auf die Namen Staat und Nation getauft worden. Der Citoyen ist ein *Staatsbürger*.

Obgleich nun Wirtschaft und Finanzwesen in einem kapitalistischen System schon immer über den nationalen Zaun guckten und oft auch sprangen, stand bisher doch auch der Bourgeois mit seinen Füßen auf nationalem Boden. Zwar war die national abgesegnete Ehe zwischen Citoyen und Bourgeois von allem Anfang an gefährdet – man lese *Gottfried Keller* –, aber nun ist der Bourgeois endgültig fremd gegangen und hat mit der Globalisierung die Scheidung eingereicht. Indem der Bourgeois sich von

der Nation emanzipiert hat und ein *Weltbourgeois* geworden ist, hat er sich auch weitgehend von einer national fundierten Politik emanzipiert. Scheidung heisst in diesem Prozess *Deregulierung*.

Dass nationale Politik und globale Wirtschaft immer mehr auseinanderdriften, ist heute beinahe ein Gemeinplatz geworden, und Politologen in aller Welt denken heute über den «Aufstieg und Untergang des Staates» nach, um den Titel eines vor kurzem erschienenen Buches des Jerusalemer Professors Martin van Creveld⁵ zu zitieren. Ein so gewiegter Schweizer Wirtschaftsführer wie *David de Pury* stellt in der NZZ eine «zunehmende Entfremdung zwischen Politik und Wirtschaft» fest. Im Globalisierungszeitalter sei die Wirtschaft immer weniger an Staatsgrenzen gebunden, während die Politik es so lange bleibe, wie ihre Wählerschaft national sei. Die heutige Entfremdung zwischen Politik und Wirtschaft sei gefährlich. Diese seien verschiedenen Regeln unterworfen, da ein Unternehmen nicht wie eine Demokratie funktioniere. Aber «Politik und Wirtschaft brauchen einander, die Politik, weil sie letztlich die Gesamtverantwortung trägt, die Wirtschaft, weil es ohne (staatliche) Regeln keine Freiheit geben kann.»⁶ *Ulrich Bremi*, seinerseits ein wichtiger Funktions-träger von Politik und Wirtschaft, erklärte am Radio, die Politik halte nicht mehr Schritt mit der Wirtschaft.⁷ Professor *Thomas Straubhaar*, Präsident des Hamburger Instituts für Wirtschaftsforschung, veröffentlichte in der NZZ einen Artikel unter dem Titel: «Wird der Nationalstaat im 21. Jahrhundert überflüssig?», eine Frage, die der Autor weitgehend bejaht.⁸ Massgebende Ideologen des Neoliberalismus wie der NZZ-Wirtschaftsredaktor *Gerhard Schwarz* wenden sich vehement gegen *Interventionen der Politik* in die Wirtschaft wie etwa diejenige von Bundeskanzler Schröder zur Sanierung des angeschlagenen Baukonzerns Holzmann zur Rettung Tausender gefährdeter Arbeitsplätze – eine Todsünde wider den heiligen Geist der alleinseligmachenden freien Marktwirtschaft. Diese Intervention Schröders sei, so

Schwarz, ein «wirtschaftspolitischer Fehlgriff erster Güte», «unverantwortlich und verheerend», «geradezu grotesk» und widerspreche «durch und durch der Arbeitsteilung in einer offenen Wirtschaft.»⁹

Zygmunt Baumann, Soziologie-Professor an der Universität Leeds, schrieb in der «Zeit»: «Macht wird zunehmend von Politik abgetrennt... Heute ist Macht global und exterritorial, Politik aber territorial und lokal... Die Kluft zwischen institutionalisierter politischer Kontrolle und dem Raum, in dem die für das menschliche Leben bedeutsamsten Angelegenheiten entschieden werden, wächst ständig. Dieser Raum liegt nicht mehr im Machtbereich des souveränen Staates.»¹⁰ Offenbar genügt aber dem Neoliberalismus die Macht über die Politik, die er dank der Globalisierung zusätzlich erobert hat, noch lange nicht, denn neuerdings geht die Wirtschaft sogar in die *Offensive*, um die der Politik noch verbliebenen Machtpositionen mit eigenen Leuten zu besetzen. So erklärte Rainer E. Gut, Verwaltungsratspräsident der «Crédit Suisse», er encouragiere «die Leute in unserer Bank, sich politisch zu engagieren», denn «es braucht mehr Wirtschaftsleute in der Politik». Presseberichten ist weiter zu entnehmen, dass «Wirtschaftskreise» diskret daran arbeiteten, «einen sehr schlagkräftigen politischen Apparat aufzubauen», und zwar «an den politischen Parteien vorbei.»¹¹

Es geht um die Demokratie

Man könnte mit dem Zitieren solcher Stimmen noch lange fortfahren. Aber wenn auch immer mehr von der wachsenden Kluft zwischen Politik und Wirtschaft gesprochen wird, so ist damit der Kern des Problems noch nicht erfasst. «Politik» ist ein vager Begriff, ja eine Leerformel, in die Beliebiges hineingegossen werden kann. Es geht hier nicht nur um Politik als solche, sondern um eine ganz bestimmte, um eine demokratische Politik als Praxis der Volkssouveränität, mit einem Wort: es geht um die Demokratie. Der fortschreitende *Machtverlust des Staates* zugunsten der

Macht der Wirtschaft ist ein Machtverlust der Demokratie. Die selbst nicht demokratisch strukturierte, legitimierte und kontrollierte kapitalistische Privatwirtschaft gewinnt mit der Globalisierung eine beinahe totalitär zu nennende Macht über die demokratisch strukturierte Politik. Was im Sowjetkommunismus das Politbüro sind hier die Chefetage und der Verwaltungsrat, auch wenn die Meinungsfreiheit gewahrt bleibt und die Wirtschaft keine Polizei benötigt, um ihren Willen durchzusetzen.

So überrascht es denn nicht, dass bereits Bücher erscheinen mit dem Titel «Das Ende der Demokratie». Der Verfasser dieses Buches ist Jean-Marie Guéhenno, ein französischer Diplomat und Professor für politische Wissenschaften.¹² Auch Guéhenno diagnostiziert eine *Erosion des Nationalstaates* durch die globalisierte Wirtschaft, und er fragt sich, ob es eine Demokratie ohne Nation überhaupt geben könne. Der Bürger der Neuzeit sei ein Doppelwesen, hätten doch die Väter der liberalen Demokratie versucht, die eindimensionale Logik der Interessen – des Bourgeois – mit der humanistischen Tradition zu vereinen, die aus jedem Menschen einen Staatsbürger – einen Citoyen – macht. Guéhenno deutet so die Polarisierung zwischen Citoyen und Bourgeois als einen *Widerspruch zwischen Humanismus und kapitalistischen Wirtschaftsinteressen*. Für den Citoyen in der Tradition des Humanismus ist – idealtypisch gesehen – der Mensch das Mass aller Dinge, für den Bourgeois das Geld. Die moderne Macht, meint Guéhenno, finde ihren Ausdruck im Geld und unsere Zeit erhebe das Finanzgeschäft zur alleinigen Wahrheit. So gelangt er zu dem pessimistischen Schluss, Aufklärung, Demokratie und Politik seien am Ende. In einem Artikel in der «Zeit» hat Guéhenno kürzlich seine These in einigen Sätzen zusammengefasst: «Die Globalisierung schwächt zusehends die verbindenden Strukturen der menschlichen Gemeinschaft, vor allem aber die Nation. Und weil Demokratie und Nation eine Einheit bilden, nährt heute die Krise der Nation auch die Krise der Demokratie.» Das sei eine «Entwicklung, die Bürger in an-

spruchsvolle Kunden verwandelt» – also Citoyens in Bourgeois – «und Staaten in simple Dienstleistungsunternehmen»¹³.

Guéhenno ist keine Einzelstimme. Ich zitiere als pars pro toto nur noch einen Artikel, den der Unternehmensberater *Tom Voltz* im Wirtschaftsteil der liberalen Hamburger «Zeit» veröffentlicht hat. Titel und Untertitel lauten: «Moderne Sklavenhaltung. Die Dominanz der Wirtschaft bedroht Freiheit und Demokratie. Ein Plädoyer für die Besinnung auf moralische Werte.»¹⁴ Voltz schreibt: «Die heutige Wirtschaft hat uns... so mancher Tugend beraubt: Brüderlichkeit, Menschlichkeit, Gleichheit, Freiheit ist reduziert auf die Suche nach einem geeigneten Platz in der Wirtschaft – nicht in der Gesellschaft. Sie unterscheidet sich in keiner Weise von der Zivilisation der Höhlenbewohner: Der mit der grössten Keule regiert. Bei allem Gerede von existierender Demokratie ist diese weniger von Rechts- und Linksextremisten bedroht als von den Global Players... Die Neoliberalen ... bringen die Demokratie zur Strecke.» Das schreibt ein Unternehmensberater in einer führenden liberalen Zeitschrift.

Hinzuzufügen wäre noch, dass Wirtschaftsführer, gelegentlich unterstützt durch Professoren der Nationalökonomie, sogar begonnen haben, expressis verbis einen *Abbau der demokratischen Rechte* zu fordern, da die demokratische Entscheidungsfindung ihnen zu langsam geht und ihren kurzfristigen Interessen zuwiderlaufen kann. Es wäre aber völlig falsch, die hier erörterte Entwicklung auf Personenfragen zu reduzieren. Die an den Machthebeln der Wirtschaft und des Finanzwesens sitzenden Personen sind selbst Sklaven des herrschenden Systems und den *Systemzwängen* der Globalisierung unterworfen. Es geht auch nicht um «die» Wirtschaft, die es ebensowenig gibt wie «die» Politik, sondern es geht um eine neoliberal genannte, amoklaufende kapitalistische Wirtschaft.

Weder «Glokalisierung» ...

Nun stellt sich die Frage nach einer *realistischen Alternative*. Einige glauben, die

Entwicklung der Globalisierung bringe selbst so etwas wie eine Alternative hervor, indem als Folge der Erosion des Nationalstaates lokale und regionale territoriale Einheiten entstünden, in denen die Demokratie sich gleichsam regenerieren und behaupten könne. Man hat dafür auch bereits einen Namen gefunden: diese Gleichzeitigkeit von Globalisierung und Lokalisierung nennt sich stolz «Glokalisierung». Der bereits zitierte Thomas Straubhaar schreibt dazu: ««Glokalisierung» meint eine Welt, die ihre natürlichen Konturen durch lokale Wirtschaftsräume und nicht durch die auf dem Reissbrett der Politik in Wien, Versailles oder Jalta gezeichneten Staatsgrenzen (gemeint ist der Nationalstaat, A.K.) erhält.» Straubhaar spricht von einer «Sandwichstellung des Nationalstaates zwischen einer Globalisierung der Wirtschaft und einer Lokalisierung der Probleme», wodurch auch das nationale Recht gesprengt würde.¹⁵

In der Tat scheint die Geschichte sich auf eine solche «Glokalisierung» hinzubewegen. Aber eine echte Alternative wäre die «Glokalisierung» nicht. Zum einen können auch lokale Wirtschaftsräume sich dem gewaltigen Druck, den eine globalisierte Wirtschafts- und Finanzmacht ausübt, nicht entziehen. Weiter müssten, wenn der institutionelle Rahmen des Nationalstaates gesprengt würde, die lokalen Wirtschaftsräume dessen Funktionen übernehmen und sich in Ministstaaten mit eigenem Recht, eigenem Gewaltmonopol, eigenen Sozialdiensten, eigenen demokratischen Gewalten usw. verwandeln. Zu fragen wäre auch, wie sich das Verhältnis zwischen einer gleichzeitig erfolgenden Lokalisierung der Wirtschaftsräume und deren Kontinentalisierung in Form etwa der EU gestalten würde. Aber entscheidend für die hier erörterte Problematik ist, welches Schicksal in einer solchen «Glokalisierung» der Demokratie beschieden wäre. Den Idealfall angenommen, die politische Demokratie würde auf lokaler Ebene einigermaßen funktionieren, könnte der *glokalisierte Citoyen* zwar lokale demokratische Gewalten wählen und in einer halbdirekten Demokratie

auch über den Bau einer Kehrichtverbrennungsanlage befinden, aber ein *Einfluss* auf die sein Leben gegebenenfalls dramatisch bestimmende, globalisierte wirtschaftliche und finanzielle Gewalt bliebe ihm *versagt*.

... noch «Weltrepublik»

Unter denen, die sich bemühen, aus den Trümmern des von der Globalisierung zum Einsturz gebrachten Nationalstaates die Demokratie zu retten – angenommen, der Nationalstaat stürze tatsächlich ein –, findet nun der Gedanke immer mehr Zustimmung, man müsse versuchen, auch den *Citoyen zu globalisieren*. Nur so könnten, wenn überhaupt, Politik und Demokratie mit der Globalisierung des Bourgeois Schritt halten. Es wird von der Notwendigkeit einer *Weltrepublik* gesprochen, und der Philosoph *Otfried Höffe* hat darüber vor kurzem unter dem Titel «Demokratie im Zeitalter der Globalisierung» ein höchst lesenswertes Buch veröffentlicht.¹⁶ Er plädiert darin für eine Weltdemokratie, eine Weltöffentlichkeit, eine föderale Weltrepublik, eine Weltrechtsordnung, ein Weltbürgerrecht – also einen Welt-Citoyen, den man nun einen «Mondeoyen» nennen müsste. All das soll nach Höffe die nationalen Rechte und Ordnungen nicht ablösen, sondern komplementär zu ihnen hinzukommen. Diese Weltrepublik wäre deshalb nur ein *Sekundärstaat*, ja im Falle der Bildung grossregionaler Zwischenstufen sogar nur ein *Tertiärstaat*. Die Nationalstaaten wären im Rahmen eines Weltgesellschaftsvertrages immer noch die international massgebenden Akteure, die auch die Wahrung der Menschen- und Bürgerrechte überwachen müssten. Dieser Vorschlag Otfried Höffes zeugt von einer an *Immanuel Kant* geschulten Vernunft und dürfte unter Demokraten breite Zustimmung finden.

Vorausgesetzt, eine solche Weltrepublik wäre innerhalb nützlicher Frist überhaupt realisierbar, erheben sich grundsätzliche Bedenken. Zum einen: Es scheint in der Struktur der Demokratie ein Gesetz wirk-

sam zu sein, das ich ein *Gesetz der zunehmenden Erosion des Volkswillens bei zunehmender Gebietsgrösse* nennen möchte. Das heisst: Je kleiner das Territorium, umso potentiell effizienter die Demokratie, wobei unter Effizienz hier die Möglichkeit der Durchsetzung des Volkswillens und der demokratischen Kontrolle dieser Durchsetzung gemeint ist. Umgekehrt heisst das, dass der Volkswille sich umso mehr verflüchtigt, je weniger er infolge der Grösse des Aktionsraumes direkt in Politik umgesetzt werden kann, das heisst, je mehr er repräsentiert werden muss. In einer globalisierten Demokratie, einer Weltrepublik, müsste der Volkswille, bis er bei der Exekutive der Weltregierung ankäme, so viele Repräsentationsstufen überspringen, dass ihm dabei der Schnauf ausgehen würde und er vor Erreichung seines Zieles stecken bliebe. Deshalb könnte man von der Demokratie sagen: «*Small is beautiful*.»

Die Demokratie ist in einem Stadtstaat geboren worden, in der griechischen Polis, und der Basler Historiker *Adolf Gasser* hat in seinem 1943, also mitten im Zweiten Weltkrieg veröffentlichten Buch «Gemeindefreiheit als Rettung Europas» eine, wie er es im Untertitel nannte, «ethische Geschichtsauffassung» vertreten, die das Wesen der Demokratie als *kommunale Selbstverwaltung* versteht.¹⁷ Auf diesem Hintergrund gesehen scheint im Wettlauf um die Globalisierung zwischen Citoyen und Bourgeois jener wenig Chancen zu haben, und ein *Ralf Dahrendorf* prophezeite schon vor Jahr und Tag, dass uns ein «autoritäres Jahrhundert» bevorstehe.¹⁸ Die *autoritäre Herrschaft* dürfte freilich kein Welt-Diktator oder Welt-Kaiser ausüben, sondern – der globalisierte Bourgeois.

Und dies wäre denn ein weiteres Bedenken gegenüber Höffes Utopie: Im globalisierten Wirtschafts- und Finanzsystem konzentriert sich eine solche Fülle von autonomer Macht, dass selbst ein *Welt-Parlament* und eine *Welt-Exekutive* sich dieser gegenüber nur schwer durchsetzen könnten. Auch würde der *Welt-Bourgeois*, gleich wie es heute auf nationaler Ebene geschieht, zweifellos versuchen, Einfluss auf

die weltdemokratischen Institutionen zu gewinnen und deren Politik, zumindest was die Wirtschaft und das Finanzsystem anbelangt, zu bestimmen. Dank der Macht des Geldes sitzt er am längeren Hebel. Schliesslich wäre ein solches demokratisches Mammutgebilde noch weit *korruptionsanfällig*, als die heutige nationale Demokratie es ist.

Der entscheidende Einwand gegenüber Höffes Utopie jedoch lautet, dass, solange wir ein kapitalistisches Wirtschafts- und Finanzsystem mit einer demokratisch nicht legitimierten und nicht kontrollierten Geldmacht haben, auch eine globalisierte Stimm- und Wahlzettelmacht die Polarisierung zwischen Citoyen und Bourgeois nicht aufheben könnte und diese bloss von der nationalen auf die globale Ebene verlagern würde. Dieses *System* ist auf nationaler wie auf globaler Ebene *demokratieinkompatibel*. Der Markt, ob lokal, national oder global, ist weder moralisch noch sozial noch demokratisch. Er hat in einem kapitalistischen Wirtschafts- und Finanzsystem einen darwinistischen Charakter gemäss dem Motto: «survival of the fittest». Nichts beweist das deutlicher als der *Fusionswahn*, von dem die Wirtschaft heute ergriffen ist. Diese Megalomanie verurteilt den Citoyen zu einer Aschenbrödelrolle.

Nicht die Politik zähmt den Kapitalismus, sondern dieser korrumpiert die Politik

Ein letztes Bedenken. Die *Ethik des Kapitalismus* gründet auf dem *Eigennutz* der wirtschaftlichen Akteure. Man darf das insofern tatsächlich eine Ethik nennen, als nach der allgemein anerkannten, von Adam Smith begründeten Theorie das eigennützige Wirtschaften der Befriedigung der Bedürfnisse der Menschen dient und schliesslich den Wohlstand aller hervorzaubert. Bernard de Mandeville hat das in seiner «Bienenfabel» schon 1714 in der Sentenz zusammengefasst: «Private vices, public benefits», private Laster bringen öffentlichen Nutzen. Es soll jetzt nicht untersucht werden, ob die Praxis diese Theorie, die

sich bekanntlich auf eine alles zum Guten führende unsichtbare Hand Gottes verlässt, bestätigt hat oder nicht. Aber wer dem Eigennutz einen solchen fundamentalen Wert zuspricht, muss gewärtigen, dass dessen intensive Pflege durch die Wirtschaft – insbesondere in einer gnadenlosen Wettbewerbssituation – auch unliebsame Folgen haben kann, wird doch der Eigennutz im allgemeinen recht negativ bewertet. Es ist allzumal gefährlich, ein *amoralisches Prinzip* zur bestimmenden Moral zu erklären. Ich nenne als eine dieser Folgen jetzt nur die grassierende Korruption. Dass die Wirtschaft äusserst korruptionsanfällig ist, ist nichts neues. Dass mit der Globalisierung der Wirtschaft das Ausmass der Korruption zunimmt, liegt in der Logik der Sache.

Nun könnte man zwar achselzuckend sagen: Was geht das die Politik und die Gesellschaft an, soll die Wirtschaft doch selbst schauen, wie sie mit der Korruption fertig wird. Aber mit der Globalisierung erhält die Wirtschaft eine solche zusätzliche Macht über *Politik und Gesellschaft*, dass sie diese mit ihrer *Korruptibilität* infiziert. Ich halte nichts von einer Zähmung des Kapitalismus, von der heute oft die Rede ist. Nicht die Politik zähmt den Kapitalismus, sondern dieser korrumpiert die Politik. Einmal mehr wäre davor zu warnen, daraus eine Personenfrage zu machen. Es geht nicht um Kohl und Schäuble und Weyrauch und Schreier, es geht ums System. Die Personen sind dessen Marionetten. Politik und Gesellschaft können im Zeitalter der Globalisierung nicht moralischer sein als ihre Wirtschaft.

Man muss gelegentlich ein «Worst case»-Szenarium entwerfen und gewisse Probleme auf radikale Weise formulieren, um Aufmerksamkeit für die Gefahren wecken zu können, die sie bergen.

Freilich: Der in der Französischen Revolution als notwendiger institutioneller Rahmen der bürgerlichen Demokratie kreierte Nationalstaat hat sich im Laufe seiner turbulenten und Millionen von Toten hinterlassenden Geschichte als ein ausserordentlich zähes Gebilde erwiesen. So rasch tritt

er nicht von der Weltbühne ab, und auch Höffe spricht ihm ja weiterhin eine bedeutende Rolle zu. Die Einsicht beginnt sich durchzusetzen, dass der Markt, auch wenn man seine Funktion noch so positiv beurteilen mag, *keine Alternative zum Nationalstaat* mit seiner schlecht und recht demokratischen Legitimation, seinem Gewaltmonopol, seinem Rechtssystem, seinen Sozialdiensten, seinem Bildungssystem usw. sein kann.

Die *Geschichte* – eine kapriziöse Dame, die sich gelegentlich Seitensprünge erlaubt – hat über das Schicksal des Nationalstaates noch nicht endgültig entschieden, schon gar nicht über das der mit ihm verbundenen politischen Demokratie. Der globalisierte Bourgeois kann über seine eigenen Beine stolpern, und wenn *Klaus Leisinger* sagt, der Kapitalismus sei eine Revolution – womit er recht hat –, dann gilt auch für ihn, dass jede Revolution ihre Konterrevolution in sich birgt. Weiter entstehen durch die Schaffung übernationaler regionaler Unionen *neue politische Machtblöcke*, die schlecht und recht noch immer einigermaßen demokratisch strukturiert, legitimiert und kontrolliert sind und Ordnungsfunktionen des Nationalstaates übernehmen. Demokratisch nicht legitimierte globale Institutionen wie der Internationale Währungsfonds, die Welthandelsorganisation, die Weltbank geraten zusehends unter einen Legitimationszwang, und private Nichtregierungs-Organisationen, die sogenannten NGO's, protestieren immer lauter und, wie das Debakel von Seattle zeigte, nicht ohne Erfolg gegen die Selbstherrlichkeit des globalen Bourgeois.

Alles ist im Fluss, aber eines scheint gewiss zu sein: Solange wir das Wirt-

schafts- und Finanzsystem haben, das wir haben, solange wird eine weitere Polarisierung zwischen Citoyen und Bourgeois kaum nachhaltig gestoppt werden können. Bleibt als Strohalm für das Prinzip Hoffnung die Alternative eines *anderen Wirtschaftssystems*, über dessen Form und Möglichkeit nachzudenken es noch nicht zu spät wäre.

1 Albert Soboul, Die Grosse Französische Revolution, Darmstadt 1983, S. 154.

2 Fjodor Dostojewski, Sämtliche Werke (deutsch), Bd. III, S. 796 f., zit. in: Felix Philipp Ingold, Dostojewski und das Judentum, Frankfurt a.M. 1981, S. 82.

3 Hannah Arendt, Über die Revolution, München 1974, S. 94.

4 Amartya Sen, Die Moral in der Marktwirtschaft, Die Zeit, 19.8.1999.

5 Martin van Creveld, Aufstieg und Untergang des Staates, München 1999.

6 David de Pury, Eine gefährliche Entfremdung, NZZ 29./30.5.1999.

7 Ulrich Bremi in der Sendung «Doppelpunkt» von Radio DRS 1, 2.1.2000.

8 Thomas Straubhaar, Wird der Nationalstaat im 21. Jahrhundert überflüssig?, NZZ 31.12.1999.

9 G.S., Staatliche Reparatur für angeschlagene Firmen, NZZ 27./28.11.1999.

10 Zygmunt Baumann, Zerstreuung der Macht, Die Zeit, 18.11.1999.

11 Vgl. dazu Othmar von Matts Artikel «Wirtschaft entdeckt Politik» in: «Sonntagszeitung», 9.1.2000.

12 Jean-Marie Guéhenno, Das Ende der Demokratie, München 1994.

13 Jean-Marie Guéhenno, Die neue Machtfrage, Die Zeit, 16.12.1999.

14 Erschienen in: Die Zeit, 29.12.1999.

15 Vgl. Anm. 7.

16 Otfried Höffe, Demokratie im Zeitalter der Globalisierung, München 1999.

17 Adolf Gasser, Gemeindefreiheit als Rettung Europas, Basel 1943.

18 Die Zeit, 14.11.1997.

Der Kapitalismus ist ein Riesenversuch, den Verlust Gottes durch das Geld zu ersetzen. Das ist seine tiefste Wurzel.

(Leonhard Ragaz, Die Bergpredigt Jesu, Gütersloh 1982, 3. Aufl., S. 138)
